

**Kleine Anfrage zur kurzfristigen schriftlichen Beantwortung
gemäß § 46 Abs. 2 GO LT**

Abgeordnete Marie Kollenrott, Julia Willie Hamburg (Bündnis 90/Die Grünen)

Relativierungen des Holocaust auf sogenannten Corona-Demonstrationen Teil 2

Anfrage der Abgeordneten Marie Kollenrott und Julia Willie Hamburg (Bündnis 90/Die Grünen) an die Landesregierung, eingegangen am

Immer wieder kommt es auf Versammlungen, die sich vordergründig gegen die aktuellen Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie richten, sowie im Internet zu antisemitischen Äußerungen und Relativierungen der Verbrechen des Nationalsozialismus, insbesondere zur Relativierung des Holocaust. Beispiele sind das Zeigen von gelben so genannten „Judensternen“ versehen mit dem Ausdruck „ungeimpft“, das Zeigen von Entfremdungen der KZ-Torbogen-Inschrift „Arbeit macht frei“ z.B. als „Impfen macht frei“ oder relativierende Vergleiche in Reden und Parolen.

In ihrer Antwort (Landtags-Drucksache 18/10753) auf eine kleine Anfrage zur kurzfristigen schriftlichen Beantwortung gemäß § 46 Abs. 2 GO LT der Abgeordneten Kollenrott und Hamburg (Landtags-Drucksache 18/10666) teilte die Landesregierung mit, dass bislang keine Ermittlungsverfahren wegen strafbarer Holocaustrelativierungen im Kontext von Corona-Demonstrationen geführt wurden.

2020 wurden mehrere Fälle der Relativierung des Holocaust auf Corona-Demonstrationen in Hannover dokumentiert.¹ Auch am 04.09.2021 wurde ein ähnlicher Vorfall dokumentiert.² Am 01.12.2021 soll laut Chronik des Antifaschistischen Bildungszentrums und Archivs Göttingen e.V. auf einer Versammlung in Herzberg am Harz auf einem Plakat der SPD-Politiker Karl Lauterbach mit Adolf Hitler gleichgesetzt worden sein, woneben die Aussage „Juden sollten nur noch Zugang zu ihrem Arbeitsplatz, zu Lebensmittelgeschäften, Drogerien und Apotheken haben. Ungeimpfte sollten nur noch Zugang zu ihrem Arbeitsplatz, zu Lebensmittelgeschäften, Drogerien und Apotheken haben.“ gestanden haben soll. Möglicherweise wurde in diesem Fall auch eine Strafanzeige gestellt. 2022 wurden wegen den Holocaust relativierenden Aussagen auf Versammlungen in Göttingen Strafanzeigen gestellt.³

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Sind der Landesregierung bzw. den zuständigen Landesbehörden diese Fälle bekannt und wurde jeweils ein Ermittlungsverfahren eingeleitet? (bitte begründen falls nicht)
2. Welche konkreten Maßnahmen ergreifen die zuständigen Landespolizeibehörden sowohl generell als auch konkret vor einer entsprechenden Versammlung, um den eingesetzten Polizeibeamt:innen ein ausreichendes Wissen darüber zu verschaffen, welches Verhalten als Holocaustrelativierung strafbar ist und auf welchen unterschiedlichen Wegen Antisemitismus heute ausgedrückt wird?
3. In wie vielen Fällen kam es in Niedersachsen seit März 2020 im Zusammenhang mit Äußerungen im öffentlichen Raum, z.B. auf Flyern oder Stickern, oder im digitalen Raum zur

¹ *Bundesverband RIAS e.V.*, S. 36 f., Antisemitismus im Kontext der Covid-19-Pandemie, abrufbar unter: https://report-antisemitism.de/documents/2020-09-08_Rias-bund_Antisemitismus_im_Kontext_von_covid-19.pdf.

² *Recherche- & Informationsstelle Antisemitismus RIAS*, Tweet vom 29.09.2021, abrufbar unter: https://twitter.com/Report_Antisem/status/1443151567746736131.

³ *Lea Lang & Michael Brakemeier*, Wie rechtsextrem und antisemitisch sind die Corona-Demos in Göttingen?, Göttinger Tageblatt 21.02.2022, abrufbar unter: <https://www.goettinger-tageblatt.de/Die-Region/Goettingen/Corona-Demos-in-Goettingen-Wie-rechtsextrem-und-antisemitisch-sind-sie>.

Einleitung eines Ermittlungsverfahrens und zur Verurteilung wegen Volksverhetzung (§ 130 StGB) oder anderer Straftaten für die oben genannten Verhaltensweisen oder damit vergleichbares Verhalten (bitte nach Jahren, tatsächlichem Verhalten, Tatvorwürfen und rechtskräftigen Verurteilungen aufschlüsseln)?

Marie Kollenrott Julia Willie Hamburg

